

LEITARTIKEL

Trump und der Iran-Krieg

Seine wichtigste Entscheidung

Von Dietmar Ostermann

Man kann Donald Trump viel vorwerfen, aber nicht, dass er zu militärischen Abenteuern neigt. Er mag großmäulig reden, apokalyptisch drohen, doch zu Kriegen hat er eine klare Meinung: Er will sie nicht führen. Jedenfalls keine Militäreinsätze in fernen Regionen, bei denen nicht klar ist, was die Amerika überhaupt angehen. Diese Haltung teilt er mit der überwältigenden Mehrheit seiner Anhänger. Es war der Frust über jene unpopulären Endloskriege in Afghanistan und im Irak, der Trumps politischen Aufstieg einst möglich machte. „Make America Great Again“ ist eben auch das Versprechen, sich künftig ums eigene Land zu kümmern, nicht um die Probleme der Welt.

Jetzt aber steht auch dieser US-Präsident vor einer schicksalhaften Entscheidung, wie sie Amtsinhaber im Weißen Haus in internationalen Krisen mitunter zu treffen haben. Große Sogkräfte wirken auf Trump ein, an der Seite Israels in den Krieg einzugreifen und die iranischen Atomanlagen zu zerstören. In diese Lage gebracht hat ihn Benjamin Netanjahu, der gegen alle Warnungen den Krieg auf eigene Faust begann. Trump wollte da mit Teheran noch ein Abkommen aushandeln, in der Hoffnung, dass der Iran freiwillig auf sein Atomprogramm verzichtet. Darauf hofft er vermutlich noch immer. Nur ist ein Einlenken

Ihm geht es zuerst immer um sich selbst. Nur geht es darum gerade gewiss nicht.

der Mullahs jetzt noch unwahrscheinlicher geworden. Vom Erzfeind Israel gedemütigt, würden sie nicht nur ihr Atomprogramm verlieren, sondern auch ihr Gesicht – und danach vielleicht sogar in Teheran die Macht.

Trump wollte Netanjahu stoppen, jetzt sitzt er in dessen Falle. Israel kann Irans unterirdische Atomfabriken, in Fordo 800 Meter tief im Berg, nicht allein zerstören. Das können nur die USA. Ob Trump es tun wird, ist unklar. Auch in Washington gibt es starke Kräfte, die das wollen: Wenn Irans Atomanlagen nun schon zerbombt werden, dann bitte richtig, lautet das Argument. Sonst könnte der Iran später noch entschiedener nach der Atombombe greifen.

Doch es gibt in den USA auch große Skepsis. Trumps „Maga“-Bewegung ist tief gespalten, das Versprechen, keine Kriege zu führen, berührt den ideologischen Kern. Zum ersten Mal riskiert er, viele Anhänger ernsthaft zu verprellen. Noch größer sind die militärischen Risiken. Ein begrenzter US-Schlag kann scheitern, Iran Vergeltung gegen US-Stützpunkte üben. Es gibt viele Szenarien, wie der Krieg außer Kontrolle geraten kann, die USA tiefer hineingezogen werden. Selbst der ultimative Triumph, ein Sturz des Mullah-Regimes, könnte wie einst im Irak nach Saddam Hussein zu Instabilität und neuen Krisen führen.

Es ist gut, dass Trump sich die Entscheidung nicht leicht macht. Sein Problem ist, dass er keine guten Alternativen hat, wenn seine Ultimaten an Teheran wirkungslos bleiben. Sich gegen Netanjahu stellen, das will er offenbar nicht. Am Ende zieht er mit ihm vielleicht in den Krieg.

Baden-Württemberg und die US-Wissenschaft

„Es geht um Nachwuchsforscher“

Diese Woche war Landeswissenschaftsministerin Petra Olschowski bei einer deutsch-amerikanischen Konferenz in Freiburg. Ein Interview mit ihr über Trumps Vorgehen gegen US-Unis und die Abwerbung von Wissenschaftlern.

Die US-Regierung geht gegen die Wissenschaftsfreiheit vor. Deshalb gibt es Stimmen, Deutschland solle abwanderungswilligen Wissenschaftlern Stellen anbieten. Sollte Baden-Württemberg aktiv versuchen, Forscher abzuwerben?

Der Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit betrifft das gesamte internationale Wissenschaftssystem. Auch wir spüren die Folgen. Unsere Hochschulen und Wissenschaftler sind eng mit amerikanischen Partnern verbunden. Etwa 60 For-

schaftler nach Baden-Württemberg kommen, machen wir und unsere Hochschulen attraktive Angebote. Das gilt für Amerikaner, aber auch für Spezialisten aus allen anderen Ländern, die inzwischen nicht mehr in den USA arbeiten wollen oder können. Und auch wir intensivieren hier die Gespräche im Moment. Außerdem beschäftigen sich schon länger deutsche Forschende in den USA mit einer Rückkehr – wegen der politischen Lage, der besseren sozialen Absicherung oder aus familiären Gründen. Das wird sich verstärken. Um uns dafür aufzustellen, brauchen wir schnellere Entscheidungswege, eine stärkere Internationalisierung unserer Verwaltung und auch Unterstützung für ganze Familien, inklusive Jobangebot für Ehepartner. Es geht nicht nur um Geld. Finanziell spielen US-Hochschulen in einer anderen Liga.

Aktuelle Verhandlungen mit US-Spitzenforschern sollen sehr zäh verlaufen. Woran hakt es?

Wechselverhandlungen mit Professoren sind immer langwierig. Die gesetzlichen Voraussetzungen, dass es schneller gehen kann, haben wir geschaffen. Aber da geht es um Details – von der Ausstattung der Räume bis zur Mitnahme ganzer Teams. Der aktuelle politische Druck in den USA könnte zu schnelleren Abschlüssen führen. Wir sehen aber auch, dass die Betroffenen gar nicht dauerhaft ausreisen wollen, sondern Schutzräume oder flexible Stipendien suchen, die auch eine Rückkehr ermöglichen. Viel interessanter ist das Nachwuchsthema. Hier erwarte ich tatsächlich, dass die Zahl der Interessenten aus den USA deutlich steigt, weil für junge Wissenschaftler der US-Markt gerade zusammenbricht. Darauf hat die Baden-Württemberg Stiftung nach Gesprächen mit uns sehr schnell mit einem Programm reagiert. Und da müssen wir weiter anknüpfen.

Welche Hürden gibt es für internationale Wissenschaftler, beispielsweise aus Indien, nach Baden-Württemberg zu kommen?

Die größten Hürden sind Visumsfragen, Sprachbarrieren und fehlende „Rundum-Dienstleistungen“. In Indien etwa wohnen viele Forscher auf dem Campus, hierzulande erwartet man Eigeninitiative bei der Wohnungssuche. Auch Akzeptanz spielt eine Rolle, manchmal gibt es Integrationsprobleme. Hier müssen wir –



Petra Olschowski

schungsprogramme wurden bislang von den USA mitfinanziert und sind jetzt bedroht oder – etwa in Heidelberg – bereits von Kürzungen betroffen. Es wäre zu kurz gedacht, einfach zu sagen: Wir holen uns die besten Köpfe. Ja, die Wissenschaftszene verändert sich durch die Entwicklungen und auch wir müssen darauf reagieren, aber wir wollen gerade auch über die langjährigen Kontakte unsere Partner in den USA unterstützen. Denn wir alle in Europa profitieren von einem starken und möglichst unabhängigen Wissenschaftssystem in den Staaten.

Also keine gezielten Abwerbungen?

Wenn exzellente internationale Wissen-



Donald Trumps Politik gefährdet akademische Karrieren in den USA.

ebenso wie bei der Infrastruktur – noch bessere Lösungen finden, um die Eingewöhnung und das Ankommen zu erleichtern.

Internationale Studenten müssen in Baden-Württemberg Gebühren zahlen. Wie sehr schadet das?

Es ist kein gutes Signal. Ganz aktuell steigen die Einschreibungen internationaler Studierender zwar, aber weniger als bundesweit. Allerdings haben wir überdurchschnittlich gute Abschluss-Quoten. Denn die Gebühren ermöglichen bessere Betreuung. Aber wer die Wahl hat, ent-

scheidet sich häufig für ein gebührenfreies Bundesland. Wir müssen unsere Stärken klar kommunizieren, damit Interessierte trotzdem kommen. Wir haben im Vergleich viel zu bieten: an Vielfalt und an Exzellenz.

Interview von Axel Habermehl

▶ Petra Olschowski (Grüne) ist seit 2022 Landesministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Zuvor war sie Kunststaatssekretärin. Vor ihrer politischen Karriere leitete die jetzt 59-jährige Kunsthistorikerin die Kunststiftung Baden-Württemberg.

Gegenwehr mit wissenschaftlichen Mitteln

Von Harvard hört man einiges, von anderen US-Universitäten weniger. Wissenschaftler aus Connecticut waren jetzt in Freiburg zu Gast bei einer Konferenz über Menschenrechte.

Von Thomas Steiner

Die University of Connecticut, abgekürzt die UConn, gilt als eine der besten staatlichen Hochschulen der USA. Sarah Willen ist dort Professorin für Anthropologie und Co-Direktorin eines Forschungsprogramms zu globaler Gesundheit und Menschenrechten, Kathryn Libal ist Professorin für Soziale Arbeit und Menschenrechte. Und der aus Deutschland stammende Sebastian Wogenstein ist Professor für Deutsche und Vergleichende Literaturwissenschaft und Mitglied des Instituts für Menschenrechte.

Menschenrechte sind ihr gemeinsamer Nenner, alle drei gehören auch einem Forschungsverbund zum Thema an: dem deutsch-amerikanischen Human Rights Research Consortium (HRRRC), gegründet im Rahmen einer Partnerschaft von Baden-



Sie lehren an der University of Connecticut: Sarah Willen, Kathryn Libal und Sebastian Wogenstein (von links).

FOTO: THOMAS STEINER

Württemberg und Connecticut, dem US-Bundesstaat an der Ostküste des Landes. Die vierte Jahreskonferenz des HRRRC fand jetzt in Freiburg statt. Gelegenheit, aus erster Hand zu erfahren, wie sich die Politik der Trump-Administration auf eine US-Universität auswirkt, die weniger prominent ist als Harvard.

Einen allzu großen Unterschied macht das nicht, sagt Wogenstein: „Alle Universitäten, die Bundeszuschüsse bekommen, sind betroffen. Die University of Connecticut hat in Summe 32 Millionen Dollar verloren.“ Es sind Zuschüsse von Bildungs- und Justizministerium, von der National

Science Foundation oder den National Institutes of Health. Um was für Forschung ging es? Um Projekte, die sich mit „historischer Ungleichheit“ befassen, „vor allem im Zusammenhang mit Rassismus oder Sexismus“, so Libal. „Und einige Kollegen haben ihre Mittel verloren, weil sie in Communities arbeiten, die mit Folgen des Klimawandels kämpfen, etwa Communities von Immigranten, die am meisten von Überschwemmungen oder Hitze betroffen sind.“ Menschenrechte umfassen im Verständnis der UConn auch soziale und ökonomische Rechte. Auch Sozialarbeiter werden dort ausgebildet.

Wenn die Menschenrechte einerseits ihr Forschungsgegenstand sind und andererseits angegriffen werden, veranlasst das die Lehrenden, sich politisch zu engagieren? Es gehe um Forschung, sagt Wogenstein, zugleich teile man gemeinsame Werte. Weshalb die Forschung auch Elemente von Engagement bekomme. Sie arbeite, berichtet Libal, mit Kollegen anderer Universitäten daran, das zu analysieren, was sie „administrative Repression“ nennen. „Wir untersuchen, wie die Regeln gemacht werden, wie die Verwaltung handelt, und wir nutzen Diskursanalyse, um zu erhellen, wie die Trump-Administration versucht, ihr Handeln zu rechtfertigen.“

Ist in solchen Zeiten ein deutsch-amerikanisches Projekt wie das HRRRC von Nutzen? Allerdings, sagt Sarah Willen: „Es hilft schon, wenn man jemanden aus einer anderen akademischen Welt sagen hört: Ja, das klingt unglaublich.“ Den Rahmen der Menschenrechte, ergänzt sie, „können wir als Hebel gegen Regimes nutzen, die die Substanz unserer Gesellschaft, unserer akademischen und unserer politischen Institutionen angreifen.“ Eben deshalb, sagt Wogenstein, seien die Universitäten zur Zielscheibe geworden: „Weil sie sich einer Arbeit widmen, die wesentlich anti-autoritär oder anti-autokratisch ist.“